

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Einzelpreis 10 Pfennig

Jahrgang 217

Bezugspreis: monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und andere Abnehmer entgegen. — Abdruck ohne Erlaubnis ist untersagt.

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Die Spaltenbreite ist mit einem mittigen-Randspalte 10 Pfennig, kleine Anzeigen 6 Pfennig, Familien-Anzeigen 4 Pfennig, Stellenanzeigen 2 Pfennig. Die 2 Spaltenbreite 20 mit einem mittigen-Randspalte 30 Pfennig.

Sonntag, 20. Juli 1924

Verlagsanstalt Halle-Saale: Bernburger Str. 30. General-Adm. Kurtrier-Dr. 9240. Einzel-Bezug: Halle-Saale, — Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Nr. 169 a

Für Deutschland unannehmbare Beschlüsse

Auslassungen des Stresemann-Organs

Der französische und englische Sanktionsvorschlag unannehmbar

Berlin, 19. Juli.

(Eigener Drahtbericht)

Zu den auf der Londoner Konferenz gemachten, den Freitags-Blättern erschienenen Vorschlägen Veretti della Rocca und des Gegenwärtigen Snowden's wird der „Zeit“ von beiderer Seite (man geht wohl nicht fehl, in der Schrift Gehörte) das Versehen bemerkt zu werden.

Diese Vorschläge müssen beiderseits mit größter Vorsicht betrachtet werden. Es ist unverständlich, wenn man sich auf der Gegenseite wehrt, daß die Herabsetzung der Reparationsleistungen durch einen einseitigen Bescheid der Alliierten auf Grund des Artikels 23 überhaupt möglich ist. Auf diese Weise können die Alliierten unter Umständen überhaupt alle nur denkbaren Sanktionsmaßnahmen über den Betrag hinaus beschließen. Der englische Vorschlag sieht über den französischen hinaus, daß die Reparationsleistungen durch einen einseitigen Bescheid der Alliierten auf Grund des Artikels 23 überhaupt möglich ist. Auf diese Weise können die Alliierten unter Umständen überhaupt alle nur denkbaren Sanktionsmaßnahmen über den Betrag hinaus beschließen. Der englische Vorschlag sieht über den französischen hinaus, daß die Reparationsleistungen durch einen einseitigen Bescheid der Alliierten auf Grund des Artikels 23 überhaupt möglich ist. Auf diese Weise können die Alliierten unter Umständen überhaupt alle nur denkbaren Sanktionsmaßnahmen über den Betrag hinaus beschließen.

Der heutige Tag in London

London, 19. Juli.

(Von unserem eigenen Berichterstatter)

Nach der heutigen Tag war, genau wie der gestrige, der Arbeit der Unterministerien beschaffen, von denen die erste Kommission heute vornehmlich mit der Revision des gestern abend von Veretti della Rocca vorgelegten französisch-amerikanischen Kommissionsprotokolls über die Bestimmung der Art der Sanktionen, die sie bei den Fall eines Nichterfüllens von Seiten Deutschlands zu ergreifen imstande wären. Dabei sind, nachdem bereits gestern die Vorschläge, den englischen und französischen Standpunkt in dieser Hinsicht in Einklang zu bringen, zu einem weitestgehenden Erfolg geführt hatten und eine vollkommene Einigung über die erste Hälfte des Kommissionsprotokolls herbeigeführt worden war, weitere Fortschritte erzielt worden. Der Fall, den man sich gestern gemerkt hatte, bestimmt die Bestimmung der Reparationskommission für den Fall einer deutschen Verweigerung gegen das Sonderverpflichtungsstatut und regelt die in einem solchen Falle nach der Verpflichtungserklärung der Reparationskommission seitens der Verbündeten zu ergreifenden Maßnahmen. In diesem Falle wird, wie bekannt, den Alliierten Regierungen empfohlen, sofort gemeinsam den dann nachfolgenden Weg zu eröffnen. Als Vorläufer gegen den Fall des Sonderprotokolls wird jedoch die in gewisser Weise der Konferenz autonome getrennte Delegation zu einem Fortschritt der bisherigen Verhandlungen und Strafmaßnahmen empfunden. Die zweite Unterkommission, die erst gegen Mittag zusammengetreten ist, hielt nur eine kurze Sitzung ab, da die Delegierten bereits gegen 3 Uhr zur Besprechung in den Bereich geführt wurden. Unter dem Vorsitz des Kolonialministers Thomas hat sich diese Kommission mit dem französisch-englischen Vorschlag über die Ermächtigung der Alliierten, die Reparationsleistungen durch einen einseitigen Bescheid der Alliierten auf Grund des Artikels 23 überhaupt möglich ist. Auf diese Weise können die Alliierten unter Umständen überhaupt alle nur denkbaren Sanktionsmaßnahmen über den Betrag hinaus beschließen.

Das befriedigte Amerika

New-York, 19. Juli.

In einer offiziellen Erklärung nimmt das Weiße Haus zu der beschiedigen Ernennung Youngs zum Repräsentationsagenten und Schiedsrichter Stellung. Präsident Coolidge, so wurde in Washington erklärt, sei über den bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz sehr beglückt. Die Ernennung Youngs werde Amerika zu außerordentlich großer Genugtuung gereichen, die Forme zu der Ernennung sei solcher jedoch nicht Stellung nehmen, da hierüber die europäischen Regierungen allein zu befinden hätten. Amerika könne sich mit der Ernennung Youngs offiziell ebenfalls beglücken lassen, wie mit anderen anderen beschiedigen Ernennungen. Andererseits bestesse aber auch kein Anlaß, warum Coolidge die Ernennung Youngs nicht beglücken sollte. Gabe doch Young als angesehener Berater die hervorragendsten Dienste geleistet. Coolidge sehe den weiteren Londoner Beratungen zuversichtlich entgegen und rede bestimmt mit glühendem Ergebnis. Dieser Erklärung wird in politischen Kreisen als neue Bestätigung der Wilsonianpolitik bei gegenwärtigen Regierung in Washington gegenüber den europäischen Angelegenheiten angesehen, wenn es auch andererseits als nicht ungeschicklich bezeichnet wird, daß die Vereinigten Staaten sich doch noch zu offizieller Eingreifen entschließen, falls keine andere Möglichkeit, den Dames-Plan zu retten. „Word“ eröffnet in einem Artikel den Stand der Dinge. Von der Entscheidung, wer die „deutschen Verleugnungen“ feststellen solle, hängt ungeheuer viel für den europäischen Frieden ab. Es wird „geradezu“ ausgemacht, ob die Frage der Absichtlichkeit oder Unabsichtlichkeit der deutschen Verleugung vom französischen Außenminister oder einem unparteiischen Kandidaten, einem Amerikaner, entschieden werde, und es werden „gewaltig“ ausgemacht, ob Frankreich denn die Freiheit habe, in Deutschland auf eigene Faust einzubringen oder ob es gebunden sei, nur in Übereinstimmung mit England zu handeln. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gesichtspunkten liege unter Umständen nicht nur der Unterschied zwischen „Sicherheit“ oder mangelnder „Sicherheit“ für die Alliierten, sondern auch der Unterschied zwischen Ordnung und Unordnung, in man könne sagen, zwischen Frieden und Krieg in Europa.

„Nur wie in Versailles“

Paris, 19. Juli.

Der Sonderberichterstatter der „Gr. Nouvelle“ in London behauptet, MacDonald und Veretti hätten gestern abend mehr die „Ausfassung“ Deutschlands zur Konferenz verhandelt. MacDonald wünsche, daß die Deutschen beinahe ausgenommen würden, Veretti dagegen wolle ihre Zulassung nur unter den gleichen Formalitäten wie seinerzeit in Versailles!

Amerika contra Frankreich

New-York 19. Juli.

Selbst erstere französischfreundliche Organe, wie „New-York Evening Post“, sehen sich jetzt in Verlegenheit über die Beteiligung für die unangenehme französische Politik zu finden. Das Blatt schreibt, man müsse jetzt die Hoffnung aufgeben, daß die Londoner Konferenz den Dames-Plan durch einen Beschluß in Kraft setzen werde. Die Billigung der von Veretti durch Amerika wurde solange unmöglich, als man nicht wisse, was in London vor sich komme. „Die Hauptsache ist für die europäischen Nationen, zu zeigen, daß sie für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeiten können. Wenn sie das ausfinden, dann können sie auch keine Hilfe aus Amerika erwarten.“ Das amerikanische Blatt „The Sun“ meint, es müßte doch nicht ganz unmöglich sein, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Die Bankiers könnten eine Verpflichtung zur Ausgabe der Anleihe nur dann übernehmen, falls Frankreich endlich zu einer angenehmere Aufgabe, die Weltfriedensarbeit seitens Deutschlands zu einem bestimmten Datum wiederherzustellen. Gewisse Hoffnungen werden hier auf Staatssekretär Hughes gelegt, dessen Minister in London heute erkrankt. Hughes, so wird in politischen Kreisen erklärt, habe als erster der Dames-Kommission und dem Sonderprotokoll seine Zustimmung als Staatsmann nicht auf dem Spiel, wenn die Londoner Konferenz ein Mißerfolg werde, abgesehen von dem großen Schaden, den die republikanische Partei in Washington auf erlitten, falls die einzige außenpolitische Verbindung mit einer Enttäuschung endete.

Wie die „Associated Press“ aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung keine Kenntnis von der Absicht erhalten, einen Young zum Vorgesetzten für die Reparationsleistungen zu ernennen. Ein hervorragender Stelle sei aber festgestellt worden, daß die Regierung geneigt sei, wenn Young wieder Posten angeboten würde und er ihn annehme. In Regierungskreisen sei man der Ansicht, daß Young für diesen Posten sehr geeignet sei würde. Die Wahl eines Amerikaners würde hier ebenfalls bevorzugt, was eine Reihe von hervorragenden Amerikanern zum Vorsehen öffentlicher Unternehmungen

durch europäische Staaten. Es sei hervorgehoben worden, daß eine Wahl, was die amerikanische Regierung angehe, keinerlei offizielle Bedeutung haben würde. Die „Associated Press“ aus Washington meldet, daß Coolidge den Fortschritt der Arbeiten der Londoner Konferenz für befriedigend hält. Der Präsident habe zwar keine fortlaufenden amtlichen Berichte über die Konferenz erhalten, aber über die Berichte dieser die Ansicht geäußert, daß die fortwährenden Verhandlungen den Erwartungen voll entsprechen.

Lloyd George über Amerika

London, 19. Juli.

Lloyd George beschäftigt sich heute in einem Artikel im „Daily Chronicle“ mit dem Einfluß der amerikanischen Politik auf die Europapolitik der amerikanischen Regierung. Er schreibt darüber:

Präsident Coolidge hat seiner Auffassung bezüglich der amerikanischen Europapolitik Ausdruck gegeben, als er für die direkte Teilnahme Amerikas an der Unterzeichnung der Bismarck-Verträge durch Gegenüberstände eintrat. Diese Aktion ist unterstützt worden durch die Tatsache, daß der Vorsitzende des Sonderverpflichtungsausschusses, der General Dames, ein Amerikaner war, und daß Dames jetzt von der republikanischen Konvention als Vizepräsidentenstandort nominiert worden ist. Diese Wahl verpflichtet die republikanische Partei, die bei Anwendung des Dames-Plans zu unterstützen.

Für uns auf dieser Seite des Atlantischen Ozeans scheint die neue Politik eine vollständige Verletzung der Wilsonianpolitik zu sein. Die alte Politik seit 1919 bestand darin, daß irgendwelche amerikanischen Beamten, während einer internationalen Konferenz, sich in eine Beschlüsse setzten und über das Spiel auf der politischen Bühne interessanter Briefe nach Hause schrieb. Jetzt spielt Amerika eine große Rolle in dem jetzt vor sich gehenden neuen, wichtigen Akt des großen Dramas. Was aber wichtiger ist, ist, daß Amerika bereit ist, einen Teil der Kosten für das Schauspiel aufzubringen.

Es trifft zu, daß die republikanische Partei vom Bismarck-Vertrag nicht wissen will, und daß die Bismarck-Verträge von den Alliierten werden. Aber was für Europa am wichtigsten ist, ist, daß Amerika wiederum bereit ist, den Spielplan zu überqueren, nachdem Amerika Anwesenheit aus dem Vertragsschimmer der Welt zu verhängnisvoll war. Amerikas Anwesenheit in Zukunft ist sicherzustellen, gleichgültig, ob ein Republikaner oder ein Demokrat gewählt werden sollte.

Teillerversammlung der Studentenerkrankung

Berlin, 19. Juli.

Die neugegründete Studentenerkrankung der Berliner Universität trat am Donnerstag zu ihrer ersten Konstituierung in den Sitzungssaal zusammen. Nach der Begrüßungsansprache des Vizepräsidenten, Herrn v. Bülow, folgte die Wahl des Vorstandes vorgenommen worden. Die Kommunitäten, die bei den Wahlen von 7000 nur 146 Stimmen aufgebracht haben und über drei Sitze verfügen, forderten den stellvertretenden Vorsitz.

Bei der Aussprache hierüber intervenierten die Volkswissen, unter Beteiligung der Tribune, einen wütenden Rän. Der studentische Volkswissenhäuptling lud Hr. Guggenheimer, Sohn des bekannten Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Münchener, sprach auf das Rednerpult und ergriff die Gelegenheit, über das Vorgehen der Studentenerkrankung zu sprechen. Er sprach über die Bedeutung der Studentenerkrankung, die sich bisher als großartig ausgeprägt hat. Gegen das neue Verbotssystem wurde auf scharfe Stellung genommen und dringende Forderungen aufgestellt. Er verlangte eine Reform der Studentenerkrankung, die sich bisher als großartig ausgeprägt hat. Gegen das neue Verbotssystem wurde auf scharfe Stellung genommen und dringende Forderungen aufgestellt. Er verlangte eine Reform der Studentenerkrankung, die sich bisher als großartig ausgeprägt hat.

Die Studentenerkrankung pfiff Herr Guggenheimer auf dem Rednerpult sehr lebhaft auf der Teillerversammlung. Da er dreimaligen Aufforderung des Vorsitzenden, die Sitzung zu verlassen, nicht nachkam, wurde er durch die Bedelle gewaltsam entfernt. Man wird im Studentenerkrankung mit diesen hoffnungslosen Protestaktionen schwerer treffen werden als im Reichstag und Landtag.

Nach diesem unadäquaten Zwischenfall konnte in die nächste Sitzung eingeleitet werden. Es wurden die Vertreter für den Senat zu der Sitzung ernannt, die Sitzung zu verlassen, nicht nachkam, wurde er durch die Bedelle gewaltsam entfernt. Man wird im Studentenerkrankung mit diesen hoffnungslosen Protestaktionen schwerer treffen werden als im Reichstag und Landtag.

Das Vermögen der Hohenzollern

Berlin, 19. Juli.

Das Vermögen und die Deutsche Volkspartei haben im preussischen Vermögen eine Gegenüberstellung beantragt, durch welchen das besagte Vermögen der Hohenzollern, das gegenwärtig preussischen Hofvermögen freigegeben werden soll, soweit es durch Urteilsprüfung von Gerichten als Erbvermögen der Hohenzollern Familie anerkannt werden ist oder noch in Aussicht genommen ist.

